

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927**

19.1.1927 (No. 15)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
C. K. M. e. n. d.,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Sonntags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Rabatt auf die Abrechnung zu werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Kontroversverfahren fällt der Anzeigensort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Anfechtung, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Die telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Postfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Russland in China

Von August Albert.

Die Meldungen, daß der russische General Vorobin in der letzten Zeit wieder stärker innerhalb der südchinesischen Bewegung in die Erscheinung tritt (Karlsruher Ztg. Nr. 8 vom 11. Januar), könnte zu der Auffassung Anlaß geben, daß der sowjetrussische Einfluß im fernen Osten im Wachsen begriffen sei. Dem ist aber nicht so. Wenn auch da und dort im Süden oder Norden einzelne sowjetrussische Emigranten unter den Chinesen Anhang finden, so steht der Erfolg der bolschewistischen Propaganda doch im allgemeinen in keinem Verhältnis zum Aufwand an Arbeit und Geld. Die chinesischen Machthaber wachen eifersüchtig darüber, daß die Russen nicht zu mächtig werden. Den besten Beweis hierfür liefert die Tatsache, daß Vorobin selbst wegen seiner bolschewistischen Propaganda unbehagen geworden ist und daß verschiedentlich auch in Nordchina die russischen Vertreter mit ihren Propagandaverfahren recht unangenehme Erfahrungen gemacht haben. China ist heute durchaus nationalistisch eingestellt, und in Moskau ist man klug genug, den Vogen nicht zu überspannen und nur das an Propaganda zu betreiben, was nach Lage der Verhältnisse möglich ist. Man konnte schon vor längerer Zeit die Beobachtung machen, daß sich die Hoffnungen, die Moskau auf die chinesischen Studenten setzte — diese waren ja auf den russischen Universitäten dem ganzen Einfluß der kommunistischen Ideen ausgegossen — nicht erfüllt haben. Das gleiche mußte, nebenbei bemerkt, bei den indischen Studenten festzustellen werden. Sobald diese Jungmannschaft wieder in die Heimat zurückgekehrt war, streifte sie bald unter dem religiösen und nationalistischen Einfluß das in Rußland Angenommene ab.

Trotz aller Anstrengungen, den bolschewistischen Gedanken in Asien, besonders in China, zur Auswirkung zu bringen, kann Moskau in dieser Hinsicht nur geringe Erfolge buchen. Im Gegenteil, es sind Schwierigkeiten aufgetaucht, welche die russische Diplomatie, die zu der gerissensten der Welt gehört, gezwungen haben, in China recht vorsichtig vorzugehen.

Die kühnen Pläne von ehemals, eine panasiatische Front mit der Spitze gegen England zu schaffen, sind so ziemlich aufgegeben. Natürlich unterstützt heute Sowjetrußland die englandfeindliche Bewegung in China mit allen Mitteln, in der Hoffnung, im Norden gewisse politische Absichten zu erreichen, die letzten Endes auch gegen Japan gerichtet sind, demgegenüber man — offiziell — die freundliche Miene zeigt und auf die Gemeinsamkeit von Interessen hinweist.

Es scheint, als ob die russische Politik in China nach dem bekannten Vers eingestellt sei: „Macht das Glück im Norden Waage, reicht's im Süden mir die Hand.“ Man erinnert sich, daß die Russen erst kürzlich in der Frage der mandchurischen Bahn eine empfindliche Schlappe erlitten haben. Daher ist es auffallend, daß jetzt auf einmal wieder ein Vertreter Sowjetrußlands in Südchina auftritt. Um dieses Spiel zu verstehen, muß man wissen, daß Süd und Nord in China sich feindlich gegenüberstehen. Gelung es den Russen, im Süden festeren Fuß zu fassen, so daß sie ihn gegen den Norden auszuspielen können, so ist dieser einem doppelten Druck ausgesetzt. Rußland verfolgt also zwei Pläne, einen gegen England und einen anderen gegen Nordchina, wo es ganz imperialistische Ziele verfolgt, die in der gleichen Richtung liegen, wie die Außenpolitik des Zarismus im fernen Osten von ehemals. Das politische diplomatische Spiel Rußlands im Osten ist äußerst verwickelt und unübersichtlich, aber es ist zugleich auch eine Politik auf lange Sicht und verdient größte Beachtung.

**Ab 1 April Reichsmindestmiete?** Die Frage einer Mietserhöhung in Preußen ab 1. April 1927, wird nach einer Berliner Meldung erst entschieden, wenn das letzte Ergebnis der Hauszinssteuer bekannt ist. Außerdem soll die Mietserhöhung in Preußen und anderen Ländern erst nach einer Vereinbarung mit dem Reich erfolgen. Nach dem Stande der gegenwärtigen Verhandlungen scheint es, wie es in der Korrespondenzmeldung heißt, möglich, daß ab 1. April an Stelle der Höchstmiete eine Mindestmiete tritt, die nicht unterschritten werden darf. Entschieden werde die Frage aber erst nach der Neubildung der Regierung.

**Parlamentarische Reform in Frankreich.** Die republikanische interfraktionelle Vereinigung der französischen Kammer beschäftigt dem „Journal“ zufolge, eine Verlängerung des Abgeordnetenmandats auf sechs Jahre zu beantragen. In diesem Zusammenhang wird auch der Gedanke geäußert, unter Verzicht auf allgemeine Neuwahlen nach Ablauf dieser sechs Jahre die Erneuerung eines Drittels der Deputierten alle zwei Jahre oder der Hälfte alle drei Jahre vorzunehmen.

### Die Regierungsbildung im Reich

Warg und die Deutschnationalen

In der Besprechung, die Reichskanzler Dr. Warg am Dienstag mit dem Führer der Deutschnationalen, dem Grafen Westarp, hatte, wurde die Meinung über das Verhältnis eines Kabinetts der Mitte zu den Deutschnationalen rasch hergestellt. Graf Westarp hat dem Kanzler keinen Zweifel daran gelassen, daß die Duldung oder stillschweigende Unterstützung einer Regierung der Mitte durch die Deutschnationalen Volkspartei nicht in Frage komme; die Deutschnationalen wollen entweder selbst verantwortlich an der Regierung teilnehmen oder ihr in Opposition gegenüberstehen.

Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums hat sich Dienstagabend mit den Gerüchten beschäftigt, daß der Vorschlag einer Regierung der Mitte vom Zentrum gar nicht ernst gemeint und daß die Fraktion selbst innerlich entschlossen sei, eine Rechtsregierung mitzumachen. Der Vorstand hat am Schluß seiner Beratung folgendes Kommuniqué veröffentlicht: „Das Zentrum setzt mit besonderem Nachdruck die bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung der Mitte fort. Alle gegenwärtigen Ausstreuungen sind durchsichtige Tendenzmeldungen.“

Die Haltung der Sozialdemokraten

Es handelt sich nun um die Frage, ob eine neue Regierung der Mitte wenigstens fürs erste auf die Unterstützung der Sozialdemokratie rechnen könne und ob diese Hilfe ohne die feste Bindung zu ermöglichen sei, bis ja die Deutsche Volkspartei ihrerseits nicht akzeptieren will. Der Volkspartei möchte man eine formelle Bindung nach links hin erspähen, der Sozialdemokratie möchte man ein Kabinett präsentieren, das ihr durch seine Zusammensetzung — womöglich durch einen Wechsel im Reichsministerium — die Duldung erleichterte.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende hat am Dienstag keine Beschlüsse gefaßt und das weitere der heutigen Fraktionsitzung überlassen.

Die heutigen Verhandlungen

DDJ. Berlin, 19. Jan. (Tel.) Reichskanzler Dr. Warg hatte heute in der ersten Stunde eine Besprechung mit den Fraktionsführern der Deutschen Volkspartei und begab sich darauf zum Reichspräsidenten, um ihm über den bisherigen Verlauf seiner Verhandlungen zur Bildung einer Regierung der Mitte Bericht zu erstatten.

Im Reichstag, dessen Vollziehung um 3 Uhr beginnen soll, halten sämtliche Fraktionen in den Mittagsstunden Sitzungen ab. Die Entscheidung darüber, ob eine Regierung der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten möglich ist, hängt im wesentlichen von der Haltung der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei ab. Die Sitzungen dieser beiden Fraktionen begannen bereits um 12 Uhr mittags.

In der sozialdemokratischen Fraktionsitzung wurde beschlossen, gegen ein Kabinett der Mitte keine grundsätzlichen Einwendungen zu erheben. Die letzte Entscheidung werde jedoch von der Zusammensetzung des Kabinetts und dem Programm der neuen Regierung abhängen.

### Kaiserin Charlotte †

Kaiserin Charlotte, die Witwe des Kaisers Maximilian von Mexiko, ist, wie aus Brüssel gemeldet wird, gestorben.

Die unglückliche ehemalige Kaiserin, die seit 1867 unheilbarem Krampf verfallen ist, wurde 1840 als einzige Tochter des Königs Leopold I. von Belgien geboren. Am 27. Juli 1857 reichte sie dem Erzherzog Maximilian von Österreich die Hand zum Eheband. Nachdem der Erzherzog von 1857—1859 Generalgouverneur des lombardisch-venezianischen Königreichs gewesen war, lebte er meist in stiller Zurückgezogenheit mit seiner jungen Gemahlin auf Schloss Miramar bei Triest. Die französische Expedition nach Mexiko unter Juarez und ihre Folgen sollten dem Glück des Erzherzogs ein jähes, tragisches Ende bereiten. Maximilian ließ sich von Napoleon III. überreden, die Kaiserkrone von Mexiko anzunehmen. Das Paar hielt am 12. Juni 1864 seinen feierlichen Einzug in Mexiko. Allein der Mangel an staatsmännischer Begabung, die Unentschiedenheit Maximilians, der zwischen der liberalen und kirchlich gemäßigten Partei seines Staates hin und her schwankte, mußte zur Katastrophe führen. Schließlich ordnete Napoleon die Zurückziehung der französischen Truppen an. In vielen Briefen warb Charlotte bei den europäischen Höfen um Unterstützung. Charlotte reiste 1866 nach Europa, um persönlich um Hilfe für ihren schwer bedrängten Gemahl zu bitten. Allein Napoleon wies sie ab. Maximilian wollte nicht mit der Erinnerung an ein verfehltes Unternehmen nach Europa zurückkehren und erblidete den einzigen Ausweg nur im Kampf bis aufs Äußerste. Charlotte brach zusammen und verfiel in unheilbaren Krampf. Im Juli 1867 wurde sie als rettungslos Kranke in ihre Heimat Belgien gebracht. Das tragische Schicksal ihres Gatten, der nach tapferer und erfolgreichem Widerstand durch Verrat des Obersten Lopez in die Gewalt Juarez fiel und am 19. Juni 1867 mit den Generälen Mejia und Miramon nach trübsalreicher Verurteilung in Queretaro standrechtlich erschossen wurde, hat sie niemals erfahren.

Ein französischer General über den Danziger Korridor. In einer Polemik, die das Pariser „Oeuvre“ gegen den nationalistischen „Avenir“ in bezug auf die Frage der vorzeitigen Rheinlandräumung führt, heißt es: Königsberg vom übrigen Deutschland abzutrennen, ist eine absurde Lösung. Diesen Danziger Korridor hat ein französischer General, dem Polen viel verbannt, wie folgt beurteilt: Unnütz in Friedenszeiten und nicht zu verteidigen in Kriegszeiten.

### Die Rechte der Stadtverordneten

Von A. Kemmel, Karlsruhe

Der § 65 der Gemeindeordnung beschäftigt sich mit der Zuständigkeit des Bürgerausschusses. Durch ihn wird auch die Frage über die Erledigung von Änderungsanträgen zu gemeinderätlichen Vorlagen entschieden. Die alte Praxis ging dahin, daß über Änderungsanträge erst abgestimmt werden konnte, nachdem der Gemeinderat sich bereit erklärte, sie zu akzeptieren.

Der Bürgerausschuß in Mannheim hat seit einigen Jahren eine andere Geschäftspraxis, indem er die Abstimmung über Änderungsanträge auch dann zuläßt, wenn der Gemeinderat nicht für dieselben votiert. Der Stadtverordnete Dr. Girscher, Mannheim, hat in der „Volkstimme“ zu dieser Frage einige juristische Ausführungen gemacht, auf welche ich dann der Minister des Innern, Kemmel, antwortete. Dessen Ausführungen seien hier wiedergegeben, weil sie allgemeines Interesse erwecken dürften:

Stadtverordneter Girscher meint gegenüber der im Mannheimer Bürgerausschuß bestehenden Übung, zu Vorlagen des Stadtrats Änderungsanträge stellen zu können, habe das Ministerium mit Erlaß vom Oktober 1925 die Abstimmung über derartige Änderungsanträge für unzulässig erklärt, sofern nicht der Stadtrat zu diesen Anträgen seine Zustimmung vorher gegeben habe. Dieser Erlaß (Oktober 1925) wurde erst nahezu ein Jahr später im Mannheimer Bürgerausschuß bekanntgegeben. Warum wohl? Weil er gar nicht auf den Mannheimer Spezialfall abhob, sondern aus einem Vorgang zustande kam, durch welchen das Ministerium vor eine Rechtsentscheidung gestellt wurde.

In einer Stadt des Landes unterbreitete der Stadtrat dem Bürgerausschuß einen Vorschlag auf Festsetzung des Steuerfußes. Er erklärte sich gleichzeitig damit einverstanden, daß auch Anträge auf Abweichungen von diesem Satz „zur Abstimmung erstattet“ werden könnten. Dieser Bürgerausschuß beschloß denn auch die Erhebung eines von dem Stadtratsantrag erheblich abweichenden Satzes. Bei dem Aufheben, das dieser Vorgang hervorrief, bestand nun die Gefahr, daß die Einziehung der Umlage auf Schwierigkeiten stoßen könnte, wenn einzelne Steuerpflichtige das Vorliegen eines rechtskräftigen Gemeindefußes im Klagewege bestritten. Es ist nämlich nach dem klaren Wortlaut der GO unerträglich, so wichtige Gemeindefuß, lediglich bei solchen ist der Bürgerausschuß zur Mitwirkung berufen, der Gefahr einer Rechtsunsicherheit auszuweichen.

Die Entscheidung des Ministeriums ging nun dahin, die Beschlußfassung über derartige Änderungsanträge sei insoweit unzulässig, als nicht der Stadtrat sich diese Änderungsanträge selbst zu eigen gemacht habe. Will, oder kann er ihnen nicht beitreten, dann darf über solche Anträge auch keine Abstimmung herbeigeführt werden, denn es ist unmöglich, nach den Bestimmungen der GO den Gemeinderat zum Vollzug eines Bürgerausschußbeschlusses zu zwingen. Nicht umsonst schreibt die GO im § 65 Absatz 2 vor, daß der Gemeinderat, wenn er von der Ausführung eines ordnungsgemäß zustande gekommenen Beschlusses absehen will, hiervon dem Bürgerausschuß unter Angabe der Gründe Kenntnis zu geben hat. Der Bürgerausschuß kann eben seine Zustimmung zu einer gemeinderätlichen Vorlage nicht an solche Bedingungen knüpfen, welche die Zuständigkeit des Gemeinderats beschränken. Was hier für diese, allerdings nur als vereinzelt vorkommende Ausnahme vorgeschrieben ist, kann nicht allgemein für den Fall übernommen werden, daß der Gemeinderat einem Änderungsantrag des Bürgerausschusses nicht zustimmt. Die Gründe, die ihn hierzu veranlassen können, sind mitunter derart, daß sie sich für eine Erörterung in der Öffentlichkeit nicht eignen. Man mag, wie es die Sozialdemokratie programmatisch tut, die nicht öffentliche Entscheidung des Gemeinderats ablehnen; solange sie gesetzlich vorgeschrieben ist, muß man sie respektieren. Der Gemeinderat drückt seinen Willen in Vorlagen an den Bürgerausschuß aus, und er stimmt im Bürgerausschuß mit den Stadtverordneten zusammen über seine Vorlage zum zweiten Male ab.

Aus meiner früheren Wirksamkeit als Mitglied des Mannheimer Stadtrats, erinnere ich mich noch (s. Zt. Martins), daß sich, wenn im Bürgerausschuß zu gemeinderätlichen Vorlagen Änderungsanträge gestellt wurden, der Stadtrat vor der Abstimmung hierüber kurz zurückzog und zu den Änderungsanträgen Stellung nahm. Ziel diese Stellungnahme im zustimmenden Sinne aus, dann hatte damit der Stadtrat diese Änderungsanträge zu den seinigen gemacht und im Bürgerausschuß hierüber abstimmen lassen. Kam er zu einer Verneinung gegenüber solchen Anträgen, dann war eine Abstimmung hierüber im Bürgerausschuß nicht möglich.

Später, insbesondere seit dem Jahre 1922 tritt im Mannheimer Bürgerausschuß eine andere Übung Platz. Stadtverordneter Girscher hat ganz recht, die Aufsichtsbehörde, d. i. der Landeskommissar, erhob gegen das Geschäftsordnungsstatut des Mannheimer Bürgerausschusses keinen Einspruch und es konnte deshalb so wie geschehen, verfahren werden. Und solange dieser Einspruch nicht kommt, bleibt es bei dieser neuerdings geübten Praxis. Sobald aber einmal Mannheimer Einwohner sich durch auf diese Weise zustande gekommenen Beschlüsse, man denkt an Umlagefestsetzung, Geländeverkauf usw., geschädigt fühlen und die Rechtsgültigkeit dieser Beschlüsse gerichtlich anfechten, wird man sich auf eine andere Geschäftsordnungspraxis besinnen müssen, wenn nicht vorher die Staatsaufsicht von sich aus einschreitet. Mit einer Beschränkung der Selbstverwaltung oder der Freiheit des Bürgerausschusses, so wie sie im Gesetz fixiert

tert ist, hat, wie wir sehen, diese Frage gar nichts zu tun. Auch die demokratischen Grundzüge werden durch diese Frage nicht berührt, denn wie der Bürgerausschuß, so geht auch der Stadtrat aus einer allgemeinen, allerdings mittelbaren Wahl hervor; er vertritt somit durchaus den Willen der Bevölkerung.

Der Bürgerausschuß hat im Sinne des Gesetzes den Charakter einer verkleinerten Gemeindeversammlung. Im alten Badischen Gemeinderat waren im Gemeinderat von jeder Initiative und Exekutive vereinigt; nur einige wichtige Gemeindeangelegenheiten waren ausdrücklich der Beschlussfassung einer Gemeindeversammlung vorbehalten.

Die Gemeindeversammlung wurde im Laufe der Zeit durch den Bürgerausschuß abgelöst. Nur für ganz kleine Gemeinden kennt man noch die Gemeindeversammlung.

Es war also erst der Gemeindeversammlung, wie jetzt dem Bürgerausschuß das Recht eingeräumt, zu wichtigen, im Gesetz festgelegten Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung, Stellung zu nehmen. Ein eigenes (kleines) Initiativrecht, die Möglichkeit, an den Gemeinderat besondere Anträge zu stellen, wurde den Gemeindeverordneten erst im Jahre 1890 zugestanden.

Der Gemeinderat ist verpflichtet, solche Anträge in Behandlung zu nehmen und dem Bürgerausschuß in einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, von der Entscheidung des Stadtrats Kenntnis zu nehmen (§ 64, Abs. 2). Gegenüber dem Stadtrat in Forstheim ist gerade in jüngster Zeit auf Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion durch das Ministerium des Innern eine Rechtsentscheidung im Sinne der Beschwerdeführer getroffen worden, die allgemeines Interesse beanspruchen darf. Im Kommentar Walz, dem wohl auch Stadtverordneter Fischer die Anerkennung nicht verweigern kann, ist hierüber nachzulesen, die Tätigkeit des Bürgerausschusses habe sich im wesentlichen auf eine bloße Meinungsäußerung zu beschränken. „Daraus, daß der Bürgerausschuß im Wege des Initiativbegehrens“, also auch mit der Stellung von Abänderungsanträgen zu gemeinderätlichen Vorlagen, „mit inneren Angelegenheiten befaßt wurde, darf nicht gefolgert werden, daß die Weiterbehandlung derselben nun der Zuständigkeit dieses Kollegiums unterstellt sei und ohne dessen Mitwirkung nicht mehr zur Erledigung gebracht werden darf. . . . Die Gemeindevertretung kann den Gemeinderat wohl nötigen, gewisse Maßnahmen, welche dieser für gerechtfertigt hält, zu unterlassen, sie vermag es aber nicht, auf den Gemeinderat einen rechtlich bindenden Zwang auszuüben, gewisse Handlungen, die der Gemeinderat als nicht geeignet ansieht, dennoch vorzunehmen.“

Dieser Zustand besteht nunmehr seit 50 Jahren. Wesentliche Schwierigkeiten haben sich mit ihm nicht ergeben. Bei der im Jahre 1921 durchgeführten Gemeinderats-Reform ist nicht einmal der Wunsch nach einer Änderung dieser Rechtslage hervorgetreten. Der Landtag hat einstimmig das bisherige Verhältnis von Bürgerausschuß und Gemeinderat bestehen lassen und in der Kommission, in welcher die neue Gemeindeordnung beraten wurde, hat man es ausdrücklich abgelehnt, die Magistratsverfassung (Zweitammer-System) oder das Einkammer-System in Baden einzuführen.

Wenn nun im Auslegungsvorhaben eine Änderung der bisherigen Rechtslage angestrebt wird, so halte ich dies für ein unmögliches Beginnen, denn der § 65 der GO stellt zwingendes Recht dar und er kann nicht ohne ausdrückliche Gesetzesänderung anders gehandhabt werden. Der Bürgerausschuß beschließt darüber, ob einem Beschlusse des Gemeinderats die Zustimmung zu erteilen ist, oder nicht. Durch die Zustimmung des Bürgerausschusses zu einem Beschlusse des Gemeinderats, entsteht ein Gemeindebeschlusse (§ 65 Abs. 1). In welchen Gemeindeangelegenheiten die Zustimmung des Bürgerausschusses erforderlich ist, sagt die Ziffer 3 des genannten Paragraphen.

Natürlich gibt es hierfür auch eine andere Meinung. Die Kernfrage ist und bleibt, ob den Bürgerausschußbeschlüssen, die in der in Mannheim üblichen Art zustande kommen, bindende gesetzliche Kraft zukommt. Die Kritiker an der ministeriellen Entscheidung hierüber sagen, der Gemeindebeschlusse fände auch dadurch zustande, daß der Gemeinderat mit den Stadtverordneten zusammen über die Abänderungsanträge abstimmt und damit über seinen Willen Mehrheit schafft. Gut! Wie aber nun, wenn bei wichtigen Angelegenheiten der Bürgerausschuß über die Einsprüche des Gemeinderats, in der Regel über die des Oberbürgermeisters, gegen einen Abänderungsantrag zur Tagesordnung übergeht und durch Mehrheitsbeschlusse letzteren zwingen will, einen Willen des Bürgerausschusses zu vollziehen, von welchem der Gemeinderat überzeugt ist, daß er geeignet sei, wichtige Interessen der Gemeinde zu gefährden? Nach dem Gesetz ist der Gemeinderat nicht gehalten, gefasste Beschlusse zu vollziehen, nur muß er dem Bürgerausschuß seine Gründe hierfür vortragen. In der Theorie scheint dies auf den ersten Blick ein ganz glatter Vorgang zu sein. Anders aber sieht sich derselbe in der Praxis an. Am Schluß einer Bürgerausschuss-Sitzung, in welcher gemeinderätliche Anträge mit Änderungen oder Zusätzen angenommen worden sind, ist bei erfolgter Einsprache die Rechtslage unklar, den man weiß jetzt ja noch nicht, ob der Gemeinderat diesen Beschlusse vollzieht, oder nicht. Man denke nur an eine Budgetberatung, wo es möglich ist, zu allen wesentlichen Gegenständen der Gemeindeverwaltung Anträge zu stellen. Mühte der Gemeinderat diese zum Beschlusse erhobenen Anträge akzeptieren, auch wenn er gegen dieselben im Bürgerausschuß gestimmt hat, dann würde dieses Änderungsrecht nichts anderes bedeuten, als ein allgemeines Initiativrecht in der nachdrücklichsten Form, nämlich in der Ausgabe-Initiative. Jedermann weiß, wie sehr gerade in einer Gemeinde Sonderinteressen mit Allgemeininteressen verknüpft werden können. In welche Situation kommen aber Mitglieder des Gemeinderats in der Gemeinderats-Sitzung, wenn sie nachträglich erst Beschlusse des Bürgerausschusses, die auf Veranlassung ihrer Bürgerausschussgenossen durch Präzisionsbeschlusse herbeigeführt worden sind, noch ablehnen sollen? Jedenfalls läge in dieser Geschäftshandhabung eine große Gefahr für Konflikte zwischen Gemeinderat und Bürgerausschuß. Die Übung, wie sie in vielen anderen Bürgerausschüssen des Landes besteht und wie sie meines Wissens auch früher in Mannheim rechtens war, nämlich, daß man eine Verständigung zwischen Gemeinderat und Stadtverordneten über gestellte Abänderungsanträge vor der Abstimmung im Bürgerausschuß herbeiführt, erscheint mir nach dem einmal bestehenden Gemeinderatsrecht die einfachere Lösung des Problems zu sein.

Der Versuch, dem § 65 im Auslegungsvorhaben eine andere Deutung zu geben, führt darüber muß man sich ganz klar sein, auf den Weg zur Einführung der Magistratsverfassung (Zweitammer-System). Will man diesen Weg gehen, so ist hierzu ein gesetzgeberische Aktion notwendig. Soll die GO, wie das ja auch von einzelnen maßgebenden Kommunalpolitikern in Baden angestrebt wird, auf den Kopf gestellt werden, dann würde ich der Schaffung des Einkammer-Systems, also der Beseitigung des Bürgerausschusses das Wort reden. Verschiedene Länder des Reiches sind in den letzten Jahren diesen Weg gegangen. Das Einkammer-System garantiert eine flottere Geschäftsführung; es beseitigt ein gegen das Bürgerausschuß-System (verkleinerte Gemeindeversammlung) bestehendes Mißtrauen und schafft im Verkehr zwischen Bevölkerung und Stadtverwaltung klarere Linien.

Mit reaktionären Tendenzen und mit einem Abwollen gegen Rechte des Bürgerausschusses, hat, so möchte ich noch einmal ausdrücklich unterstreichen, der Streit über die Auslegung des § 65 der GO gar nichts zu tun.

Auch ist es verfehlt, für den Erlaß des Ministeriums des Innern vom Oktober 1925 den früheren Ministerialdirektor des Ministeriums verantwortlich zu machen.

Der Landtag wird demnächst über diese Frage Beratung pflegen. Offenlich führt diese Verhandlung über den § 65 der GO zu einer Klärung, welcher die Regierung zustimmen kann und die dann als bindende Richtschnur für Geschäftsführungen der Bürgerausschüsse zu gelten hat.

## Politische Neuigkeiten

### Der Haushaltsauschuß des Reichstages

setzte am Dienstag die Beratung des Haushalts für 1927 fort, und zwar beim Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Zum Kapitel Sozialversicherung wurden Entschlüsse angenommen, in denen gefordert wird: ein Gesetzentwurf, der in Abänderung der Reichsversicherungsordnung die Witwenrente der Invalidenversicherung analog der Angestelltenversicherung allen Witwen zugeht, und die Bezüge in der Invalidenversicherung erhöht, ein Gesetzentwurf, wonach das Reich für jeden Wochenfürsorgefall einen Zuschuß von 50 RM. gewährt, eine Denkschrift über die finanzielle Lage der Sozialversicherungsträger.

Auf eine Anfrage der Frau Abg. Schuch (Soz.) nach dem Umlauf für Jugendliche erwiderte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, in dem dem Kabinett vorliegenden Gesetz über die Berufsausbildung für die Jugend werde diese Frage behandelt. Die Ausgaben für das Internationale Arbeitsamt in Genf beantragt der Abg. Kadel (Komm.) zu streichen.

Dazu wurde von Seiten der Regierung erklärt, daß auf Grund besonderer Vereinbarungen Deutschland in den letzten Jahren einen Beitrag in Höhe des Beitrages von Kanada gezahlt hat, d. h. im letzten Jahre rund 216 000 RM. Die Ansprüche Deutschlands auf vermehrte Einstellung deutscher Beamten und stärkere Berücksichtigung der deutschen Sprache könnten nur durchgesetzt werden, wenn Deutschland den seiner Bedeutung entsprechenden vollen Jahresbeitrag zahlt. Dieser beläuft sich auf 490 000 RM., denselben Betrag, den Frankreich gegenwärtig zahlt. Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt.

Angenommen wurde eine Entschlüsselung Dr. Cremer (D. Rpt.), mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß insbesondere die Einsetzung eines deutschen stellvertretenden Direktors und die gleichberechtigte Berücksichtigung der deutschsprachigen im Internationalen Arbeitsamt baldigst herbeigeführt werden.

Für untertägige Erwerbslosenfürsorge werden im Etat 200 Millionen RM. angefordert. Bei der Bemessung dieser Mittel ist, wie die Regierung mitteilt, damit gerechnet worden, daß die Arbeitslosenversicherung vom 1. April 1927 an in Kraft tritt. Ein kommunistischer Antrag verlangt Erhöhung der Etatposition um 500 Millionen RM. — Dieser Antrag wurde dem Unterausschuß überwiesen.

### Der Personalbestand bei der Reichsverwaltung

Nach einer Übersicht über den Personalbestand bei der Reichsverwaltung, die dem Reichstag zugegangen ist, waren am 1. Oktober 1926 angelegt:

a) Bei den Oberbehörden: 96 175 Beamte, 20 916 Angestellte und 49 682 Arbeiter;

b) bei der deutschen Reichspost einschließlich der Reichsdruckerei: 252 093 Beamte, 1353 Angestellte und 39 903 Arbeiter.

In der Zeit vom 1. April bis zum 30. September hat sich bei den Oberbehörden die Zahl der Beamten um 1175 vermehrt, die der Angestellten um 827 und die der Arbeiter um 6159. Bei der Reichspost ist für denselben Zeitraum ein Zuwachs um 2484 Beamte und eine Verminderung um 2924 Angestellte und 1088 Arbeiter festzustellen.

Die Vermehrung der Angestelltenzahl bei der Allgemeinen Reichsverwaltung betrifft vor allem das Statistische Reichsamt (infolge der Ausdehnung von statistischen Arbeiten), das Reichswehrministerium (288 Köpfe) und die Reichsfinanzenverwaltung, bei der wegen des Umtausches der Marktanleihen 711 Angestellte neu benötigt wurden. An weiblichen Beamten waren am 1. Oktober 1926 bei den Oberbehörden des Reiches 448, bei der Reichspost 45 888 vorhanden. Der Rückgang gegenüber dem 1. Oktober 1925 beträgt bei der Reichspost rund 15 000.

### Eine Rede Stresemanns

Der Reichsklub der Deutschen Volkspartei veranstaltete am Dienstag Abend im Wilmersparksaal des Zoo zu Berlin seine diesjährige Reichsgründungsfeier, zu der zahlreiche Parlamentarier aus Berlin und aus dem Reich erschienen waren. Die Festrede hielt Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Laut „Tägl. Rundsch.“ sagte der Redner, die Nationalliberale Partei sei die Partei der Reichsgründung gewesen. Die Deutsche Volkspartei habe sich die Reichserhaltung zum Ziele gesetzt unter der Devise: National, liberal, sozial, das Vaterland über die Partei! Die Partei dürfe nicht Selbstzweck sein. Die Deutsche Volkspartei sei nicht nur die Erbin, sondern die Fortsetzung dieser Nationalliberalen Partei, die am 27. Februar in Hannover ihr 60-jähriges Bestehen begehen werde. National und liberal, eines und das andere und keines ohne das andere! Wer nicht liberal sei, gehöre nicht zu uns! (Stürmischer Beifall). Das Nationale werde sich durchsetzen, je weniger es mit dem Gedanken des Reaktionsverbundes ist. Hindenburg sei ein hohes Vorbild der Verbindung vom alten zum neuen Staat. National sein heiße nicht sich an Präzedenz beifügen, sondern nützliche Tagesarbeit leisten. „An die Parteien richtete Dr. Stresemann die Mahnung: „Gänge weg von der Reichswehr!“ Die Reichswehr wird um so vollstimmiger sein, je mehr sie alle Teile des Volkes umfaßt. Wir wollen keine rechte und keine linke, sondern eine deutsche Reichswehr! (Stürmischer Beifall). Der Redner widmete sodann dem Grenz- und Auslandsdeutschtum anerkennende Worte für seine zähe Aufbaubarbeit und die von ihm am Deutschland geleisteten Dienste. Zum Schluß brachte der Minister unter dem Jubel der Versammlung ein Hoch auf Volk und Reich aus.

### Eine deutschnationale Rede

In Schwerin in Mecklenburg hielt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Eberling einen Vortrag zur gegenwärtigen Regierungskrise. Er bezeichnete es als unerträglich die Annahme des Zentrums, daß sich diese Partei Entschlüsse annehme, die ihr weder nach Größe noch nach Leistung zuständen. Letzten Endes sei das Zentrum und seine Politik nichts anderes, als ein Versuch, den Geist des internationalen Marxismus in anderem Gewande ins bürgerliche Lager zu tragen. Dr. Eberling erklärte, daß er den Namen Dr. Stresemann aus guten Gründen nicht nennen werde. Die Stresemannsche Politik bezeichnete er als das konsequente Bestreben, den Gegner die Durchführung des in jenen Verfassungsverhandlungen von Danes zu ermöglichen.

Die schwarzrotgoldene Verfassung enthalte nichts anderes, als die systematische Anwendung des demokratischen Prinzips auf Vererbung und Auflösung alles dessen, was dem deutschen Volke heilig sei. Heilige Pflicht aller anständigen Menschen sei es, so schnell wie möglich die Fäden zurückzuführen. Das werde auch in nächster Zeit der Fall sein. Zur Frage des österreichischen Anschlusses bezeichnete er als Voraussetzung, daß sich Österreich zunächst einmal völlig gründlich reinige. Es bestände bei uns nicht der Wunsch, zu den Berliner Juden auch noch die Wiener Juden hinzuzubekommen. Im allgemeinen warnte er davor, von Süddeutschland politische Leistungen zu erwarten und den Schwerpunkt des Reiches von Norden hinweg zu verlegen. Von Süddeutschland könne man wohl Rieder, aber keine politischen Leistungen gebrauchen.

### Die sächsische Regierungserklärung

Ministerpräsident Held stellte am Dienstag dem sächsischen Landtag das neue Kabinett vor. In der von Zwischenrufen der Linken wiederholt unterbrochenen Regierungserklärung heißt es u. a.:

Bereits das letzte vor drei Jahren gebildete Kabinett habe besonderen Wert darauf gelegt, alle Kräfte, die auf dem Boden der Verfassung stehen, zusammenzufassen, um den Gedanken einer Volksgemeinschaft zu verwirklichen. Nach demselben Grundsatz werde er mit seinen gegenwärtigen Ministerkollegen die Regierungsgeschäfte führen. Nachdem sich die verfassungsmäßigen Organe des Landes in den letzten drei Jahren gefestigt haben, sehe heute nicht mehr die Staatsform, sondern die wirtschaftliche Gesundung des Volkes im Vordergrund aller Regierungsorgane. Es würde die aufrichtige Sorge der sächsischen Regierung sein, die guten Beziehungen zum Reich zu pflegen und auszubauen. Sie werde aber Wert darauf legen, daß sich die Länder finanziell und materiell in ihrem Zuständigkeitsbereich frei entfalten können. Es sei zu bedauern, daß auch diesmal ein endgültiger Finanzausgleich nicht zustande gekommen sei, sondern nur ein Provisorium. Gleichwohl werde die Regierung bemüht sein, auf der Grundlage dieses Provisoriums den Haushaltsplan aufzustellen. Der Ministerpräsident betonte zum Schluß, daß der Kurs der jetzigen Regierung im wesentlichen die Fortsetzung des bisherigen Regierungskurses sei. Die Rede des Ministerpräsidenten erntete am Schluß den lebhaften Beifall der Mittelparteien.

### Interessante Ziffern aus den elsässischen Senatswahlen

Der „Freiburger Tagespost“ wird geschrieben:

Die französischen Offiziere haben sich bereits, das Ergebnis der Senatswahlen aus dem Departement Haut-Rhin, mit dem früheren Obererlitz zusammenfassend, so bekannt zu geben, daß Helmer, Gegauff, Bourgeois und Joubain (an Stelle des zurückgetretenen Scheurer) gewählt sind, so daß ein völliger Sieg des „nationalen Blocks“ vorliege. Ein Vergleich mit den Ziffern des Jahres 1920, der letzten Erneuerungswahl zum Senat, ergibt aber einen derart katastrophalen Stimmenrückgang des nationalen Blocks, daß es sich lohnt, ihn festzustellen. Es erhielten

	1920	1927
Helmer	637	537
Gegauff	615	534
Bourgeois	683	515
Scheurer	669	524

Bemerkenswert muß, daß die Zahl der Abstimmenenden 1920 genau die gleiche war wie 1927, nämlich 908. Das absolute Mehr ist daher 455. Man sieht, wie nahe z. B. General Bourgeois diesmal vor der Stichwahl stand. Da die individuellen Kandidaturen des Senatsbundes durchschnittlich 115 Stimmen erlangten, so geht man nicht fehl, wenn der Stimmenverlust der Rechten auf das Konto dieser Abspaltung zu setzen ist.

Stärker noch hat die Ungunst des Volkes sich gegenüber den Senatoren des Reichsblocks im Untererlitz geäuert. Dort erhielten

	1920	1927
Weller	906	770
Gerard	924	725
Diebolt	922	556
De Neuve (statt Taufflieb)	931	675

Auch hier ist die Zahl der Abstimmenenden in den beiden Jahren fast gleichgeblieben, nämlich 1204, und es wird ersichtlich, daß die Wähler massenhaft desertiert sind. Trotz dieser auffälligen Stimmenrückgänge wagen die französischen Offiziere davon zu reden, es herrsche im Elsaß nicht eine Spur von „malaise“, von Unbehagen. Man darf nicht vergessen, daß die Senatswahlen indirekte Wahlen durch Wahlmänner sind, daß ihr Ergebnis im Voraus durch die politische Zusammensetzung der Gemeindevertretungen und Generalräte feststand, und daß es sich hier nicht um das Umfallen von 100 oder 200 Wählern, sondern um die Vertreter von vielen Tausenden von Wählern handelt, die mit ihren Delegierten den Hyperfranzosen den Laufpaß gegeben haben. Die nächsten allgemeinen Wahlen in irgend welcher Form werden das beweisen.

### Völkerbundsübersicht über die Grippeepidemie

Die Hygienekommission des Völkerbundssekretariats veröffentlicht ihr drittes Sonderbulletin über den Stand der Grippe.

In Deutschland stellte das Reichsgesundheitsamt am 14. Januar fest, daß die Grippeerkrankungen in einzelnen Teilen Deutschlands seit dem 1. Januar aufgenommen haben. Der Verlauf der Krankheit ist im allgemeinen gutartig. Für Großbritannien teilte der Chefarzt des Hygienedienstes mit, daß die Zahl der Grippeerkrankungen in London und in den 105 Großstädten Englands und Wales im Dezember niedrig und stationär geblieben sind. In der am 8. Jan. zu Ende gehenden Woche machte sich indessen sowohl in London als auch in den anderen Großstädten eine plötzliche Zunahme der Todesfälle bemerkbar. In London waren die tödlichen Fälle von Lungenentzündung in der am 1. Januar zu Ende gehenden Woche leicht höher als während der vier vorangehenden Wochen, während die tödlichen Fälle von Bronchitis eine beträchtliche Steigerung aufwiesen. Das spanische Sanitätsdepartement teilte mit, daß die Grippe in Barcelona und Bilbao und in anderen Provinzen deutlich abnimmt. In der Provinz San Sebastian, Valencia und Madrid ist die Zahl der Erkrankungen gleich geblieben. In der Provinz Madrid hat in der Woche vom 9. bis 16. Jan. die allgemeine Sterblichkeit zugenommen und die Fälle von Herzschlägen und tödlich ausgehenden Lungenkrankheiten weisen die doppelte Höhe der normalen Zeit auf. Aus den Vereinigten Staaten meldet der Direktor des Hygienedienstes der Bundesregierung vom 15. Jan. daß während der ersten Januarwoche in den Vereinigten Staaten 1644 Grippefälle und in der zweiten Januarwoche 1803 Fälle angezeigt wurden gegenüber 1000 und 1713 Fällen in den entsprechenden Wochen des Jahres 1926. In den schweizerischen Städten wurden nach dem zum Eidgenössischen Statistischen Amt gelieferten Angaben während der am 1. Januar zu Ende gehenden Woche 80 Todesfälle von Grippe gemeldet, gegenüber 81 in der vorigen Woche. Von diesen 80 Todesfällen entfielen 5 auf Zürich, 14 auf Basel, 30 auf Genf, 8 auf Bern, 3 auf Lausanne usw.

# Badischer Teil

## Anleihe des Landes Baden

Der badische Finanzminister hat einem von der Disconto-Gesellschaft in Berlin geführten Bankensyndikat, dem sogenannten Badenkonfession, dem auch die größeren badischen Banken angehören, den Zuschlag auf eine zu 6 vom Hundert verzinsliche Anleihe im Nennwert von 33 000 000 RM erteilt. Der Erlös der Anleihe wird für die wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates und für Straßenbauten Verwendung finden.

## Die Viehzählung in Baden am 1. Dezember 1926

### Vorläufiges Gesamtergebnis

St.M. Nach der Zusammenstellung des statistischen Landesamts wurden am 1. Dezember in Baden gezählt: 69 495 Pferde (Zunahme gegen das Vorjahr 1265), 621 998 Stück Rindvieh (Zunahme 731), 486 601 Schweine (Zunahme 74 068), 44 836 Schafe (Abnahme 6024), 149 367 Ziegen (Abnahme 11 530), 2 697 946 Stück Federvieh — Gänse, Enten und Hühner — (Zunahme 85 983), 85 191 Bienenvölker (Zunahme 3608) und 114 839 Hunde (Abnahme 8758).

## Schulfestern

Das Amtsblatt des Ministeriums des Kultus und Unterrichts schreibt: Am 17. Februar 1927 werden es hundert Jahre sein, daß der Begründer der neueren Volksschule, der Freund und Erzieher der Menschheit, der Vater der Waisen, Johann Heinrich Pestalozzi, im Alter von 81 Jahren sein an Erfolgen aber auch an Kämpfen und Enttäuschungen reiches Leben beschloß, und am 26. März 1927 jährt es sich zum hundertsten Male der Tag, an dem Deutschlands größter Tonbildner Ludwig van Beethoven nach langem, schmerzvollem Ringen mit dem Tode aus dem Leben schied.

Das Wirken der beiden Männer war für die kulturelle Entwicklung unseres Volkes von solcher Bedeutung, daß auch die Schule ihre Gedenktage nicht vorübergehen lassen darf, ohne die Schüler mit dem Leben und Wirken dieser Männer bekannt zu machen. Zu diesem Zwecke soll an den beiden Tagen in der letzten Vormittagsstunde an den Volksschulen, den Höheren Lehranstalten und an der Lehrerbildungsanstalt eine Gedächtnisfeier stattfinden, deren Ausgestaltung sich nach den örtlichen Verhältnissen richtet. Sie kann als gemeinsame Feier oder für jede Klasse besonders in den Klassenzimmern abgehalten werden. Der Nachmittagsunterricht fällt aus. An den Höheren Lehranstalten und an denjenigen Volksschulen, an denen das Schuljahr mit einer Feiertage schließt, kann die Gedenkfeier für beide Männer mit der Schlußfeier verbunden werden.

## Fahrplanbesprechung bei den Handelskammern

In der nächsten Zeit finden bei den Handelskammern Fahrplanbesprechungen über die regionalen Wünsche zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf der Reichsbahn in den einzelnen Bezirken statt. Die Termine sind: Am 19. Januar Karlsruhe, 20. Januar Pforzheim, 21. Jan. Heidelberg, 25. Januar Lahr, 26. Jan. Freiburg, 28. Jan. Mannheim, 2. Februar Wiltzingen, 3. Febr. Konstanz und 4. Febr. Schopfheim.

## Tabakpflanzerversammlung

Dr. Offenburg, 16. Jan. Unter dem Vorsitz des Landwirtschaftsministeriums des Goeller von Weichenheim fand heute in Offenburg eine aus dem Nied und dem Hanauerland sehr gut besuchte Versammlung der Tabakpflanzervereinigungen statt. Landwirtsch. Rat Wehner (Pforzheim) hielt ein Referat über die Erfordernisse des Qualitäts-Tabakbaues. Nach allgemeinen Bemerkungen über die Wirtschaftslage regte der Redner seine eigenen Erfahrungen über den Qualitäts-Tabakbau dar. Er konnte darauf hinweisen, daß es in Pforzheim auf dem Versuchsgut der badischen Landwirtschaftskammer gelungen sei, ganz außerordentlich gute Resultate im Qualitäts-Tabakbau zu erzielen. Der Tabaksumme sei im letzten Jahre von acht Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung auf 14,4 kg pro Kopf gestiegen. Die Nachfrage sei also außerordentlich. Dagegen sei die Tabakanbaufläche in Deutschland von 8013 Hektar im Jahre 1925 auf 6600 Hektar im Jahre 1926 gefallen. Das mache in der deutschen Tabakernie einen Ausfall von 65 000 Zentnern aus. In Baden sei die Anbaufläche von 5118 Hektar im Jahre 1924 auf 4500 Hektar im Jahre 1926 gesunken. Der Redner gab im weiteren Verlauf eine Reihe sachdienlicher Vorschläge wie es gelingen könne, den Qualitäts-Tabakbau zu fördern. Man müsse anerkennen, daß die badische Landwirtschaftskammer bestrebt sei, dem Tabakbau in Baden eine neue Ära zu bereiten, und zwar dadurch, daß sie Tabakbaugemeinschaften gründe. Diese Vereine stehen unter Führung der badischen Landwirtschaftskammer. Redner vermahnte noch darauf, daß der Führer im Tabakbau in der Pfalz, Ökonomierat Hoffmann, auf diesem Gebiete herragendes geleistet habe. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit den Anregungen und Vorschlägen des Redners einverstanden.

## Einweihung des neuen Verwaltungsgebäudes der Landwirtschaftskammer Freiburg

Dr. Freiburg, 16. Jan. Die Landwirtschaftskammer Freiburg hat ihre Mitglieder und Freunde am Sonntag zu einem Fest in der Saale des Arbeiterbildungsvereines geladen, um die Weihe ihres neuen Verwaltungsgebäudes zu begehen. Ammerpräsident Elbs begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, unter ihnen Vertreter der Regierung, verschiedener Behörden, der Handelskammer, der Gewerkschaften usw. Das neue Haus solle ein Symbol der Einheit im Handwerk und ein Zeichen für dessen Kraft und Lebenswillen sein. Die Festrede hielt Direktor Ederl. Das neue Verwaltungsgebäude müsse eine Zentralstelle des oberbadischen Handwerks eine Stätte des inneren und äußeren Ausbaues der Organisation werden und auch der Wertschätzung des Standes dienen. In ihm sollten die Waffen geschmiedet werden für den Kampf um die Selbstbehauptung des Handwerks und in ihm solle festgehalten werden an den allen unvergänglichen Tugenden, aus denen Volk und Staat neue Kräfte ersprießen. Auch ein Mahnmal werde es sein, den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen. Der Redner gab dem Wunsch Ausdruck, daß der heutige Feiertag dazu beitragen möge, das badische Handwerk und das deutsche Handwerk zu neuem Emporstieg zu führen. — Ein von Direktor Ederl verfasstes Festspiel „Lob des Handwerks“ richtete in poetische Form gekleidet die Mahnung zur Einheit an die Standesgenossen. — Eine reiche Schar Gratulanten brachte der Landwirtschaftskammer Grüße und Glückwünsche dar. Zu erwähnen sind: Landrat Schwärzer, der für den am Erscheinen verhinderten Landeskommissar Geheimrat

Dr. Schneider sprach, Oberregierungsrat Huber, der die Wünsche des Ministeriums für Kultus und Unterrichts übermittelte, Oberregierungsrat Buerius vom Landesgewerbeamt in Karlsruhe, Bürgermeister Dr. Hofner versprach im Namen der Stadt Freiburg weitere Unterstützung und Förderung jenes Standes, der ein Drittel der Einwohnerschaft ausmache. Auch der Rektor der Universität sprach, der Handelskammerpräsident Schuster und Generaldirektor Hengstenheifer für die Landwirtschaft.

An etwa 200 Führer des oberbadischen Handwerks wurden Auszeichnungen verliehen. — An die Feier schloß sich ein gemeinsames Essen an.

## Handwerkskammer Freiburg

Dr. Freiburg, 18. Jan. Die Handwerkskammer Freiburg hielt ihre 60. Vollversammlung seit ihrem Bestehen in dem am vergangenen Sonntag eingeweihten neuen Handwerkskammergebäude ab und genehmigte den Haushaltsplan für das Jahr 1927, der Ausgaben in Höhe von 155 000 M. und Einnahmen in Höhe von 85 000 M. vorsieht, so daß ein Betrag von 70 000 M. durch Umlage gedeckt werden muß. Der Umlagefuß für das Jahr 1927 stellt sich wieder wie in früheren Jahren auf 6 M. pro Betriebseinheit. Oberregierungsrat Buerius sprach namens der staatlichen Aufsichtsbehörden der Kammerleitung Anerkennung und Dank für die vorzügliche Finanzgebarung aus und hob besonders hervor, daß dadurch die Erwerbung eines eigenen Hauses ohne Umlageerhöhung möglich wurde im Gegensatz zu zwei anderen badischen Kammern, welche zu einer Umlageerhöhung genötigt waren. — Zur Frage der Gefängnisarbeit spricht die Kammer in einer Resolution das Verlangen aus, daß Strafgefangene nur mit Handarbeiten und nicht mit Maschinenarbeiten beschäftigt werden, daß sich die Gefängnisse nicht an Submissionen beteiligen und eine Anfertigung und ein Verkauf von Gegenständen an Privatpersonen unterbleibe bzw. eingeschränkt wird. Im Benehmen mit den übrigen badischen Handwerkskammern soll in diesem Sinne gewirkt werden. — Der Erhöhung der Lehrlingsvergütungsätze im Metallgewerbe wurde zugestimmt, für die Zulassung zur Meisterprüfung wird die bisher übliche Gefellenszeit von drei Jahren einstimmig auf fünf Jahre festgesetzt. Im Schneidergewerbe erfährt die Höchstzahl der in einem Betriebe beschäftigten Lehrlinge infolge einer Einschränkung, als in Zukunft in solchen Betrieben mit oder ohne Gehilfen nur noch ein Lehrling gehalten werden darf. Ein zweiter Lehrling kann erst eingestellt werden, wenn der erste Lehrling schon 3 Jahre in der Lehre ist.

## Betriebsunfall im Badentwert

Bei den Erweiterungsbauten im Schalthaus Scheibhardt des Badentwerks kam der Monteur Ader der Firma Bari in Baden-Baden mit einer unter Spannung stehenden 100 000 Voltleitung in Berührung, wobei er sich erhebliche Brandwunden zuzog. Um den Verunglückten aus seiner gefährlichen Lage befreien zu können, mußten sämtliche Hochspannungsleitungen abgeschaltet werden, wodurch auch die Städte Pforzheim, Bruchsal und Ettlingen eine längere Stromunterbrechung erlitten.

## Schwindelstirma

Der Kaufmann Seguda Wads, Inhaber des Versandgeschäftes „Union“ in Chemnitz, bietet durch Zeitungsannoncen Heimarbeit an. Er verlangt von denen, die sich melden, sofort 12—15 Mark, Heimarbeit zu verschaffen, ist er nicht in der Lage. Die Interessenten, meistens arme Leute, sind daher um diesen Betrag betrogen; der Firma ist es nur um die Erlangung des Geldes zu tun. Das Landespolizeiamt warnt vor dieser Firma.

## Die Grippe in der Schweiz und in Baden

Dr. Freiburg, 19. Jan. Aus den an Baden angrenzenden Gebieten der Schweiz wird mehr und mehr ein Abflauen der Grippeepidemie gemeldet. Die Zahl der Todesfälle beträgt aber durchschnittlich immer noch 25 bis 27 pro Berichtswöch.

Dagegen zeigt sich in Oberbaden bisher noch wenig Reigung zum Zurückgehen. Verschiedene Schulen sind geschlossen worden. Die Epidemie nimmt weiterhin einen gefährlichen Verlauf.

## Aus den Parteien

Die Bundesleitung des Reichsbundes Deutscher Demokratischer Jugend hat endgültig beschlossen, in diesem Jahre ihren Reichsjugendtag vom 16.—18. April (Ostern) in Heidelberg stattfinden zu lassen.

## Gemeinde-Rundschau

Der Kreisrat Heidelberg hat in seiner Sitzung vom 10. Januar 1927 u. a. dem bauerlichen Versuchsgut „Elsengau“ 500 Mark bewilligt; der Reppelungsfuß für die in dem Kreisstranzenhaus Rohrbach b. H. untergebrachten Personen wird ab 1. Januar 1927 bis zu 5,50 M. erhöht.

Die Einwohnerzahl der Stadt Offenburg hat nunmehr 17 000 wieder überschritten, im Jahre 1916 betrug die Einwohnerzahl infolge der Ausbildung von Soldaten in Ersatzregimentern und der zahlreichen Lazarette 18 961. Bei der letzten Volkszählung vor dem Krieg im Jahre 1910 betrug die Einwohnerzahl 16 548. Es ist bemerkenswert, daß in den Jahren 1870—75 die Einwohnerzahl sich von 5764 auf 6387 erhöhte, während die Bevölkerungszunahme in den Jahren 1919—1926 bei einer wesentlich größeren Bevölkerung auch nur rund 800 betrug. Im vergangenen Jahre übernachteten in Gasthäusern und Hotels rund 24 000 Personen, gegenüber dem Vorjahre bedeutet das einen Rückgang von 2000.

Kreisratswahl in Konstanz. Infolge eines zwischen den Parteien abgeschlossenen Kompromisses erübrigt sich die für Sonntag vormittag angelegte Kreisratswahl. Es erhalten im Kreisrat das Zentrum 8 Sitze, die Demokraten 2 Sitze, die Sozialdemokraten ebenfalls 2 Sitze. Zum Kreisvorsitzenden ist Dr. Melchior Mayer-Konstanz, zu seinem Stellvertreter Bürgermeister Wich-Nadolszell vorgeschlagen.

Zunahme der Sparfassen. Nach der Statistik des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes beträgt die Gesamtzahl der diesem Verbande angeschlossenen Sparfassen 3236. Diese unterhalten 8313 Zweigstellen, Annahmestellen und sonstige Kassenstellen, so daß sich die Gesamtzahl aller Sparstellen auf 11 549 beläuft. Daraus ergibt sich, daß die Zahl der in Deutschland vorhandenen Sparstellen sich in letzter Zeit erheblich vermehrt hat.

Anschluß schweizerischer Gemeinden an das Gaswerk Konstanz. Die schweizerischen Gemeinden Altman und Güttingen haben endgültig den Anschluß an das Konstanzener Gaswerk beschlossen. Dieser Beschluß ist um so bemerkenswerter, als sich sehr starke schweizerische Bestrebungen gegen die Verbeibringung eines Gasanschlusses an Konstanz geltend gemacht haben. Eine Eingabe an die Thurgauische Regierung mit der Forderung, den Nachbargemeinden das Aufbauen der Straßen zu unterlegen, hatte jedoch keinen Erfolg.

Der Einheitstarif in Berlin. Die Berliner städtische Verkehrsdeputation hat heute mit großer Mehrheit die Vorlage des Magistrats über die Einführung eines Einheitstarifs von 20 Pf. für sämtliche städtischen Verkehrsunternehmungen angenommen.

Inlandsanleihe der Stadt Stuttgart. Die Stadt Stuttgart plant die Begebung einer größeren Inlandsanleihe durch Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen. Wie der „Schwab. Merkur“ hört, denkt man an eine Anleihe in Höhe von 15 bis 20 Millionen M. Die Genehmigung der Anleihe ist bereits beim Ministerium des Innern beantragt, doch steht die Zustimmung des Ministeriums noch aus. Der Ausgabetermin richtet sich nach den Verhältnissen auf dem Kapitalmarkt.

Der schweizerische Fremdenverkehr. Wie die schweizerische Kreditanstalt in ihrem Dezemberbericht mitteilt, war das Jahr 1926 für den schweizerischen Fremdenverkehr weniger gut als das Jahr vorher. Allein in der Stadt Luzern weniger in den Monaten April bis September 20 000 Gäste, darunter 10 000 Engländer weniger als 1925. Besonders unbefriedigend arbeiteten die Luzernhotels in den großen Fremdenzentren des Berner Oberland, Nanton Wallis und am Genfer See. Auch die Verkehrsinstanzen, besonders die Bergbahnen, registrierten gegen das Vorjahr einen starken Rückgang. Als Grund des Ausfalls wird neben der Kräftezeit vor allen Dingen die Auswirkung des englischen Kohlenarbeiterstreiks für das Fortbleiben der Engländer in Betracht zu ziehen sein und die Schwankungen in den Wäluen von Frankreich, Belgien und Italien. Die Hotelkette klagt hauptsächlich auch über die Verkürzung der Aufenthaltsdauer, die in manchen Kurorten bis zu 50 Prozent beträgt. Der wesentlichste Grund für die Verkürzung der Aufenthaltsdauer wird im Automobilverkehr erblickt.

## Aus der Landeshauptstadt

### Reichsgründungsfeier

Die Techn. Hochschule Karlsruhe veranstaltete am Dienstag vormittag in der Aula eine Reichsgründungsfeier, der neben der Studentenschaft auch das Professorenkollegium beizuhörte. Als Gäste waren u. a. zugegen: Staatspräsident Dr. Köhler, Landtagspräsident Dr. Baumgartner und Bürgermeister Schneider als Vertreter der Stadt. Zu beiden Seiten des Saales hatten die Chargierten mit den Fahnen Aufstellung genommen. Nach einem Musikvortrag des Akademischen Orchesters nahm Prof. Hans Freese das Wort zum Festthema über „Der deutsche Städtebau seit der Reichsgründung“. Er leitete seinen Vortrag mit einem kurzen geschichtlichen Rückblick ein und schilderte dann die verschiedenen Phasen der städtebaulichen Entwicklung in den letzten fünf Jahrzehnten. Er schäufte dabei besonders die jetzt wieder zur Geltung kommenden baulichen Grundzüge der Scheidung und Typik heraus. Unter Erörterung aller mit dem Bauen zusammenhängenden Fragen nebst der einschlägigen Gesetzgebung, sowie unter Hinweis auf die Möglichkeiten der künstlerischen Entfaltung brachte der Redner den Wunsch zum Ausdruck, daß die schöne deutsche Stadt in neuem Glanze erstrahlen möge. Mit dem „Niederländischen Dankgebet“ fand die erhebende Feier ihren Abschluß.

Auch das Staatstechnikum beging den Gründungstag des Reiches mit einem Festakt im Festsaal der Anstalt. Hier war als Vertreter des Ministeriums des Kultus und Unterrichts Oberregierungsrat Huber erschienen. Umrahmt von Vorträgen eines von den Studierenden gestellten Orchesters sprach Direktor Prof. Paulsen über die Bedeutung des Tages um daran anschließend eine Schilderung des Lebenswerkes Friedrich List zu geben, den er als den Bahnbrecher der wirtschaftlichen Einheit des Reiches feierte. Der Redner hob dann auf die Wichtigkeit von Technik und Wirtschaft für den Wiederaufstieg Deutschlands ab, ermahnte die Studierenden zur Pflege des Gemeinschaftsgeistes wie auch zu Fleiß und Gewissenhaftigkeit, um so beizutragen zum Wohlergehen des deutschen Vaterlandes, erfüllt von dem starken Glauben an seine Zukunft. Der mit Beifall aufgenommenen Rede folgte der Vortrag des Deutschlandliedes. — Daran reihte sich die Ehrung der Gefallenen durch Ansprachen des Direktors und des Vorsitzenden des Studierendenausschusses, Kranzniederlegung und Huldigung der Vertreter der Korporationen von der Ehrentafel.

Karlsruher Presse. Stadtrat Eugen Gedl tritt demnächst aus Gesundheitsrücksichten von der Geschäftsleitung der Verlagsdruckerei des „Volksfreund“ zurück, die er 28 Jahre lang innegehabt hat. Sein Nachfolger ist der bisherige zweite Geschäftsführer des Verlages der „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg, Adolf Hartmeyer.

Kongresse und Ausstellungen. Wie bereits bekannt, wird der diesjährige XXII. Deutsche Geographentag vom 6. bis einschl. 12. Juni d. J. (Fingstwoche) in Karlsruhe abgehalten. Es werden an dieser Tagung etwa 1000 auswärtige Teilnehmer, Gelehrte und Schulmänner aus dem ganzen Reich, sowie aus Österreich, der Schweiz, Holland, Skandinavien und der Tschechoslowakei erwartet, u. a. sieht auch die Teilnahme des berühmten schwedischen Naturforschers Sven Hedin in Aussicht. Mit der Tagung ist eine große geographische Ausstellung verbunden, die in der städt. Ausstellungshalle eine interessante Schau geographischer und topographischer Werte, Reliefs und Karten bringen wird. Am Abend des dritten Tages ist ein süddeutscher Deimatabend in der Festhalle geplant. Als Abschluß der Tagung sind mehrtägige Exkursionen in das Saargebiet, nach dem Kaiserstuhl und dem südlichen Schwarzwald, nach der Süpfalz, dem nördlichen Schwarzwald, nach Mannheim, Heidelberg, dem Odenwald und dem Kraichgauer Hügelland vorgesehen. — Der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung, Sitz Berlin, hat beschlossen, seine diesjährige Tagung anlässlich der Tagung des Reichsausschusses für Lebensübungen und Jugendpflege hier abzuhalten.

Tagung der Süddeutschen Geflügelzüchterverbände. Im Mai d. J. wird hier eine Tagung der Süddeutschen Geflügelzüchterverbände in Verbindung mit einer großen Süddeutschen Geflügelausstellung in der städtischen Ausstellungshalle stattfinden. Im Dezember 1928 wird eine große Süddeutsche internationale Geflügelausstellung veranstaltet werden, an der sich vom Ausland Österreich, Schweiz, Frankreich, Holland, Dänemark und voraussichtlich auch England beteiligen werden.

Badisches Landesbühnen. Am Donnerstag, den 20. Januar gelangt nach längerer Unterbrechung Verdis Oper „Der Troubadour“ zur Aufführung. Musikalische Leitung Alfons Nischner, in Szene gesetzt von Robert Lebert. In den Hauptpartien sind beschäftigt die Damen Mary von Ernst (Leonore), Magda Straß (Azucena) und Emmy Seiberlich (Anez), sowie die Herren Robert Bus (Manrico), Hans Siegfried (Ruij), Adolf Vogel (Ferrando) und Rudolf Weyrauch (Graf Luna). Die musikalische Leitung liegt in Händen von Alfons Nischner, die szenische Leitung in Händen von Robert Lebert.

„Nur kein Stanbal“ im Konzerthaus. Das ästhetische Niveau der Schwänke und Lustspiele, die uns vom Landesbühnen im Konzerthaus jeweils vorgeführt werden, sinkt immer tiefer. Der Kritiker muß sich fragen, ob es überhaupt noch einen Zweck hat, derartige Stücke zu besprechen, und ob nicht die bloße Anzeige im Inseratenteil genügt. Wenn jemand, wie Herr Karl Müller-Ruzita einen Schwanz vom Stapel läßt, denn sollte er zum mindesten die Anfangsgründe der dramatischen Technik einigermaßen beherrschen. Aber auch das ist bei ihm nicht der Fall. Der zweite und dritte Akt seines Schwanks zeugen von einer derartigen technischen Hilflosigkeit, daß man es kaum begreifen kann, wie dieses erbarmungswürdige Stück überhaupt bei uns aufgeführt werden konnte. Die Aufführung gab Frau Ermarth und Herrn Stöckle Gelegenheit, sich darstellerisch wieder einmal auszuzeichnen. Das sind aber auch die einzigen Pluspunkte, die sich bei der ästhetischen Gesamtbewertung dieser Aufführung feststellen lassen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landesregierung Karlsruhe. In der Bitterung unseres Landes trat gestern keine wesentliche Änderung ein. Heute morgen herrscht vielerorts Nebel. Die Reste des großen Tiefdruckgebietes über Mitteleuropa sind seit gestern weiterhin verflacht. Über Frankreich wölbt sich der Druck wieder etwas auf, so daß vorübergehend örtliche Luftzufuhr aus Westen bei uns eintrifft, die jedoch keine Erwärmung in Aussicht stellt. Im allgemeinen bleibt der bestehende Bitterungscharakter erhalten. Voraussichtliche Bitterung: Vorübergehend westliche Winde, sonst keine wesentliche Änderung.

### Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Mannheim, 18. Jan. Der Stadtverordnetenvorstand Fuhs, Expedient der sozialdemokratischen Partei, wurde im Betriebe von einem Gehirnbluterguß befallen, als er gerade eine Anordnung geben wollte. Der Tod trat sofort ein. Fuhs, der vor etwa 30 Jahren als Lehrer zur „Volkstimme“ kam, erreichte ein Alter von 59 Jahren.

D.3. Mannheim, 19. Jan. Die Zahl der an Grippe erkrankten Mannheimer Schulkinder nimmt ab. Zu Beginn dieser Woche erschienen wieder 557 Kinder mehr zum Schulunterricht. Bei der Zahl von 4039 angeblich an Grippe erkrankten Schulkindern Ende voriger Woche ist auch ein größerer Prozentsatz anderer Krankheitsfälle, wie Schnupfen, Masern usw. einzurechnen.

D.3. Wiesloch, 17. Jan. In der Zeit der überall herrschenden Arbeitslosigkeit ist die Zahl der mittellosen Wanderer, die durch unsere Stadt ziehen, besonders groß. Im Jahre 1926 haben 8106 mittellose Wanderer die Fürsorge der hiesigen Gerber zur Heimat in Anspruch genommen. Darunter befanden sich 1808 Jugendliche unter 20 Jahren. Der Staatsangehörigkeit nach waren es 1181 Badener, 642 Württemberger, 1081 Bayern, 391 Hessen, 4607 Preußen und andere Staatsangehörige. Außerdem befanden sich darunter 406 Ausländer.

D.3. Neustadt i. Schw., 15. Jan. Die Gemeinde Bietaler hat den bei Seitzengraben gelegenen Holzhof mit Gebäuden und rund 200 Morgen Feld, Jungwald und Waldboden zum Preise von 60 000 M. erworben. Die Fährnisse hiesigen im Besitz des bisherigen Eigentümers. Auch die Badische Landwirtschaftskammer hatte an dem Hofgut Interesse und beabsichtigte, es zu einem landwirtschaftlichen Mustergut für den Hochschwarzwald auszubauen.

D.3. Freiburg i. Br. Zum Preisauschreiben des Landesvereins Badische Heimat zur Gewinnung eines Vereinsabzeichens meldete sich die städtische Zahl von 62 Bewerbern mit 241 Entwürfen. Das Preisgericht wird in diesen Tagen zusammenzutreten.

W. V. Bühlerthal, 18. Jan. Der russische Volkstomist für Auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, ist vor einiger Zeit im Kurhaus Bühlerhöhe zu längerem Kuraufenthalt eingetroffen.

D.3. Freiburg i. Br., 15. Jan. In der letzten Sitzung der Handelskammer Freiburg in der u. a. auch zu den Entwürfen des neuen Reichswirtschaftsrates und des neuen Arbeitsgerichtsgesetzes Stellung genommen wurde, behandelte man auch die Frage der Erstellung eines Freiburger Messehauses, kam aber nach einem eingehenden Referat zu der Feststellung, daß die notwendigen Voraussetzungen für Einrichtung eines Messehauses in Freiburg bis auf weiteres nicht gegeben sind. Die Textil- und Lederindustrie hat im großen und ganzen die Befürchtung des Messehauses ablehnend beantwortet. Im Rahmen der alemannischen Woche soll auch eine Gewerbeausstellung stattfinden.

D.3. Billingen, 18. Jan. Da die Grippe hier ständig an Ausdehnung zunimmt, wird von morgen ab bis auf weiteres die hiesige Knaben- und Mädchen Volksschule geschlossen. 25 bis 30 Prozent der Schüler sind erkrankt, es sind auch einige ernsthafte Fälle zu verzeichnen.

D.3. Wolfach, 16. Jan. Unter der Leitung des Bürgermeisters Hämmerle ist hier ein Kur- und Verkehrsverein gegründet worden. Der Gründungsversammlung wohnten etwa 70 Personen bei, von denen 60 sofort dem neuen Verein beitraten.

D.3. Waldshut, 18. Jan. Am Sonntag wurde hier ein Bäuerlicher Versuchring für den Kreis Waldshut-Säckingen im Anschluß an die hiesige Landwirtschaftliche Winterschule gegründet. Landwirtschaftsrat Eberhard referierte über das Wesen der Bäuerlichen Versuchsringe. Der neugeschaffene Ring ist der zehnte im Lande Baden. 1. Vorsitzender des Ringes ist Kreisrat Maurer auf Vinsenshof, 2. Vorsitzender Bürgermeister Amann in Billingen, Ringleiter: Landesökonomierat Bausch.

D.3. Segné, 15. Jan. Die Arbeiten am Neubau des Klosters Segné schreiten rüstig voran. In dem Neubau soll die Haushaltungsschule mit Internat aufgenommen werden, und zwar wird er Platz für ca. 50 Schülerinnen bieten. Man hofft, daß der Neubau noch vor Frühjahrsanfang bezogen werden kann.

### Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

	19. Januar		18. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.43	168.85	168.45	168.87
Kopenhagen 100 Kr.	112.21	112.49	112.24	112.52
Italien 100 L.	18.25	18.29	18.03	18.07
London 1 Pf.	20.439	20.491	20.435	20.487
Neuhof 1 D.	4.211	4.221	4.211	4.221
Paris 100 Fr.	16.725	16.765	16.75	16.79
Schweiz 100 Fr.	81.10	81.30	81.10	81.30
Wien 100 Schilling	59.365	59.405	59.37	59.51
Prag 100 Kr.	12.468	12.508	12.47	12.51

Mitgliederversammlung der Karlsruher Börse. Der Verein „Karlsruher Börse“ e. V. hielt am 12. Januar seine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Direktor Knorr, gab einen Überblick über das Börsenjahr 1926. Es folgte die Neuwahl für sechs ausgedehnte Vorstandsmitglieder. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden der Bad. Landwirtschaftskammer, Ökonomenrat Dr. Müller, wurde Oberlandwirtschaftsrat Fr. Weiskner gewählt.

Der schweizerische Außenhandel zeigt für das Jahr 1926 einen wesentlichen Rückgang. Die Einfuhr ist ohne Berücksichtigung des Goldimports von 2495 Mill. Franken im Jahre 1925 auf 2368 Mill. Franken gesunken, die Ausfuhr von 2029 Mill. auf 1825 Mill. Franken. Die schweizerische Handelsbilanz hat sich also wesentlich verschlechtert, da der Einfuhrüberschuß von 865 Mill. Franken im Jahre 1925 auf 487 Mill. Franken gestiegen ist. Besonders erheblich gesunken ist die Ausfuhr nach England, nämlich von 421 auf 300 Mill., die nach Deutschland von 368 auf 266 und die nach Frankreich von 173 auf 154 Mill. Franken.

Diskontermäßigung. Der Privatdiskont wurde, wie aus Berlin gemeldet wird, weiter um ein Viertel auf 4 Proz. für beide Sichten herabgesetzt.

### Staatsanzeiger

Verordnung  
(vom 17. Januar 1927)

Gebammenwesen.

Der § 27 der Dienstweisung für die Hebammen vom 9. Februar 1920 in der Fassung der Verordnung vom 3. Dezember 1924 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 209) erhält mit Wirkung vom 1. Januar 1927 folgende Fassung:

§ 27.  
Für die einzelnen Dienstleistungen kann die von einer Gemeinde bestellte Hebamme, sofern der Dienstvertrag nicht anderes bestimmt, neben dem von der Gemeinde bewilligten Gehalt von den ihre Hilfe in Anspruch nehmenden nachstehenden Gebühren in Anrechnung bringen:

- a) für eine Untersuchung, Anlegung eines Katheters, Setzen eines Klitters, Auspflügen, Einlegen von Tampons und dergleichen 1,50 RM.
- b) für die Beforgung einer Geburt einschließlich der vorgeschriebenen Wartung der Wöchnerin und des Kindes in den ersten 9 Tagen nach der Geburt 35,00 RM.
- c) für die Beforgung einer Mehrlingsgeburt einschließlich der vorgeschriebenen Wartung der Wöchnerin und der Kinder in den ersten 9 Tagen nach der Geburt 45,00 RM.
- d) für die Beforgung einer Fehlgeburt einschließlich der erforderlichen Wartung der Wöchnerin 20,00 RM.
- e) für den Bestand einer geburtsärztlichen oder gynäkologischen Operation durch den Arzt 5,00 RM.
- f) für jeden besonders verlangten oder nötigen Besuch 1,20 RM., bei Nacht 3,00 RM.
- g) für eine Nachtwache 5,00 RM.

Falls die Dienstleistung über 2 km von der Wohnung der Hebamme entfernt vorzunehmen ist, kann diese außerdem für jeden außerhalb des Umkreises von 2 km zurückgelegten Kilometer eine Gangegebühr von 20 RM. beanspruchen.

Die unter Buchstabe b, c und d des Absatzes 1 aufgeführten Gebühren kann die Hebamme als Kaufschilling auch den Fürsorgeverbänden in Anrechnung bringen, die Schwangeren und Wöchnerinnen Familienwochenhilfe gemäß § 12 der Reichsgrundgesetz über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924 (Reichsgesetzblatt I Seite 765) gewähren. In diesen Kaufschillingen sind die Verbindungen, Wochenbesuche, Begegner und Gebarmennde bei Schwangerschaftsbeschwerden inbegriffen, jedoch nicht die Kosten für die notwendigen Desinfektions- und Verbandsmittel.

Karlsruhe, den 17. Januar 1927.  
Der Minister des Innern  
Kemmler

### Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern  
Planmäßig ange stellt:

Verwaltungspraktikant Hermann Sattler beim Bezirksamt Mosbach als Verwaltungsobersekretär.

Entlassen:  
Gendarmereiobermeister Ernst Bromberger in Brack, zwecks Übertrets in den Reichsbahndienst.

Ministerium des Kultus und Unterrichts  
Ernannt:

Hauptlehrerin Antonie Ernst an der Volksschule in Mannheim zur planmäßigen Turnlehrerin an der Elisabethschule baselöf.

**COLOSSEUM**  
Heute abend 8 Uhr  
unwiderruflich letzte Vorstellung  
der Revue  
**Das Champagnergirl**  
Heute nachmittag 4 Uhr  
Märchenvorstellung  
**Rotkäppchen und der Wolf**  
gespielt von den Liliputanern  
Ab Donnerstag, den 20. Januar, täglich 8 Uhr  
**Die Tugendprinzessin**  
Variete-Operette in 3 Akten 51

**Zabritanwesen**  
1000 qm Flächeninhalt, mit Gleisanschluss, möglichst östlich frei gelegen und elektrischem Kraftanschluss für 100 PS mit oder ohne Wohngebäude **sofort zu kaufen gesucht.**  
Angebote unter G. 92 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Die Befetzung der Stelle eines Bezirksbauwärters für den Stadtbezirk Karlsruhe betr.  
Die Stelle eines Bezirksbauwärters für den Stadtbezirk Karlsruhe ist durch Tod des bisherigen Inhabers frei geworden. 3.613  
Bewerberinnen mit Angaben über die Vorbildung sind unter Anschluss von Zeugnissen über die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten, von Vermögenszeugnissen und gegebenenfalls von Vermögenszeugnissen innerhalb 4 Wochen bei uns einzureichen.  
Staatlich geprüfte Wertmeister erhalten den Vorzug.  
Karlsruhe, den 17. Jan. 1927. O.-B. 11  
Vab. Bezirksamt - Abt. III.

**Staats-Lotterie**  
Die Auszahlung der Gewinne aus der 4. Klasse, und die Erneuerung der Lose zur  
**Haupt- und Schlussklasse**  
der  
**28./254. Preuß.-Südd. Klassenlotterie**  
beginnt am 17. Januar in meinen beiden Geschäften. 93  
Schluss der Erneuerung: 2. Februar 1927.  
**Zwerg**  
Badischer Lotterien-Einnehmer  
**Karlsruhe i. B.**  
Hebelstraße 11 und Waldstraße 38  
Telephon 4828  
Postcheckk. 17808

**Gemeinde-Sparkasse Plankstadt**  
Öffentliche Sparkasse.  
Bilanz auf 31. Dezember 1925.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Hypotheken	7 850.—	1. Guthaben der Einleger	19 932.18
2. Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft	9 900.—	2. Sonstige Schulden	300.—
3. Kassenvorrat und Postfischguthaben	749.58	3. Rücklagen aus früheren Jahren	363.71
4. Lombarddarlehen	3 015.48	4. Reingewinn 1925	1 289.02
5. Forderungsrückstände	274.85		
6. Inventar	3.—		
7. Wertpapiere	2.—		
	21 884.91		21 884.91

Gesuch des Ludwig Rärcher, Metzger und Wirt in Weingarten, zur Errichtung einer Schlachtküche auf seinem Anwesen Lgb.-Nr. 3139 in Weingarten.  
Ludwig Rärcher in Weingarten hat um die genehmigung zur Errichtung einer Schlachtküche in seinem Wirtschaftswesen in Weingarten Lgb.-Nr. 3139 nachgesucht.  
Etwasige Einwendungen gegen das Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeisterrat Weingarten vorzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhende Einwendungen als verjährt gelten.  
Während der 14 tägigen Frist liegen die Pläne beim Bürgermeisterrat Weingarten zur Einsicht offen.  
Karlsruhe, den 17. Jan. 1927. O.-B. 12  
Bezirksamt Abt. II b.

3.612. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Alfred Juch, Säfte- und Destillationsfabrik in Karlsruhe, Sommerfr. 30, und deren Inhaber gleichen Namens ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerauswahlglieder der Schlussrechnung bestimmt auf: Donnerstag, den 10. Februar 1927, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht, hier, I. Stad., Zimmer Nr. 40, Karlsruhe, 14. 1. 1927.  
Gerichtsschreiber  
Vab. Amtsgerichts A 7.  
Mannheim, 3.618  
Zum Güterrechtsregister Band XVI. O.-B. 78 wurde heute eingetragen: Georg Klein, Kraftwagenführer, und Elisabeth geb. Rhein, in Mannheim. Vertrag vom 28. Dezember 1926 Gütertrennung.  
Mannheim, 14. 1. 1927. Amtsgericht PG. 4.  
Rosbach, 3.617  
Vereinsregister Rosbach. Neueintragung: Katholischer Kirchenbauverein Rosbach, e. V. in Rosbach. Rosbach, den 10. Januar 1927. Amtsgericht Rosbach.

**Badisches Landestheater**  
Donnerstag, 20. Januar 1927  
\*G 14 (nicht Donnerstagsmiete)  
Neu einstudiert  
**Der Troubadour**  
Oper von Verdi  
Musikalische Leitung:  
Alfred Röhner  
In Szene gesetzt von Robert Debert  
Geaf v. Luna v. Ernst  
Leonore v. Ernst  
Inez Seiberlich  
Nanico Busch  
Rita Siegfried  
Ferrando Vogel  
Lucena Straß  
Zigeuner Göttinger  
Botz Lindemann  
Anfang 7<sup>1/2</sup> Ende 10<sup>1/2</sup>.  
I. Sperrst. 9. 7.—  
Fr. 21. Jan. Turandot  
Sa. 22. Jan. Die Ver-  
schwörung des Fiesco zu Genua

**Resi-Lichtspiele**  
Waldstraße 78  
**Ben Nur**  
Lest Bücher  
Wissen ist Macht!